

heute vor zwei jahren



4. August 2009: Leben im Reduit. In einer Alpenfestung leben wie anno dazumal, das hatten sich die Macher des Schweizer Fernsehens vor zwei Jahren als Unterhaltung ausgedacht. Während drei Wochen lebten 25 Männer in einer Festung und drei Frauen mit Kindern mit einfachen Mitteln auf einem Bauernhof. Foto Keystone

briefe

Auch Regisseure haben Verantwortung

Wie weit darf Opernregie gehen? BaZ 28. 7. 11

Darf Opernregie – speziell in Bayreuth – wirklich so weit gehen? Als der im Pausengespräch stotternde Sebastian Baumgarten seine «sozusagen»-Worthülsen verbreitete, glaubte ich meinen Ohren nicht zu trauen. Angesichts Millionen in Gaskammern ermordeter Juden wagt er es, in seiner «Tannhäuser»-Inszenierung eine (Bio-)Gasanlage auf die Bühne zu stellen. Und das in Bayreuth! Wenn Kritiker (und nicht nur sie) das für eine (vielleicht nicht ganz) gelungene Parodie halten, finde ich das makaber. Parodistisch-zynisch kommt einem da spontan in den Sinn: «Mit Bio mordet es sich umweltgerechter.» Um mit Tannhäuser zu sagen, «da ekelt(e) mich der holde Sang». Erscheint diese Assoziation zunächst vielleicht überspitzt, zeigt sie doch, welche Verantwortung derjenige trägt, der den Beruf eines Regisseurs ausübt. Wenn man von einer Inszenierung spricht, heisst das, das Stück eines Autors bzw. Komponisten «in Szene setzen», nicht interpretieren. «Tannhäuser», frei nach Richard Wagner, in der Interpretation von Sebastian Baumgarten. So hätte die Deklaration lauten müssen. Auch wenn das «Mysterium Theater» dann vielleicht nicht mehr funktionieren sollte und man den Betrug bereits ahnt, bevor «der Lappen hochgeht» und dementsprechend gewarnt ist. Provoziert werden, da mögen Sie recht haben, möchte vielleicht ein Teil der jüngeren Generation. (Obwohl ich auch da viele kenne, die anderer Meinung sind.) Die unsere, zwischen 60 und 70 Jahren angesiedelt, benötigt diese Art «Lebendigkeit» schon lange nicht mehr. Mein Mann und ich meiden (leider) seit Langem Premieren, lesen die Rezensionen und entscheiden erst dann, was man sich evtl. noch zu-muten will. Selbst die Ankündigung eines «Star»-Sängers kann (für uns) nicht aufwiegen, was bei der Regie schiefge-lauten ist. Wir erwarten im «Tannhäuser» sicher keinen «bläulichen See» etc. (so wie Wieland Wagner das machte, wars schon richtig) aber keinesfalls die heute immer gleichen «Versatzstücke» wie Koffer, Sonnenbrillen, Heizungen, Unterhosen, Kunstblut und als absoluten «Hit»: Hausmüll jeglicher Art. Es hat sich inzwischen eine Beliebtheit eingeschlichen, in deren bezuglosem Rahmen sich jede Oper spielen lässt. Das spart Kosten und geistigen Aufwand. Je höher die Hürden bei der Ausbildung

zum Sängerberuf gesetzt werden, desto geringer der Anspruch im Regieberuf. Und wie ist es bei den Rezensenten bestellt? Kaum einer hat bemerkt, dass da einer seine «Erbarm-dich-mein-Rufe» in Bayreuth nicht gesungen hat. Das beweist einmal mehr, wie sehr sich – selbst das gebildetste – Publikum durch das sinnlose und sinnentleerte Treiben auf der Bühne ablenken lässt und darüber das Wichtigste, nämlich das Zuhören vergisst. Und das ist, bei aller Toleranz, nicht der eigentliche Sinn der Oper. So weit darf Regie nicht gehen.

Ellen Pringsheim, Lupsingen

Auch Karl Marx war islamkritisch

Agenda: Norwegen und die SVP; BaZ 2. 8. 11

Die Instrumentalisierung der Attentate in Norwegen für den Schweizer Vorwahlkampf offenbart viel Ungereimtes. Alarmierend erscheint die Bereitschaft vieler Mainstream-Journalisten und Politiker, Islamkritik – und sei sie noch so aufklärerisch und emanzipatorisch – pauschalisierend zu diskreditieren. Dass damit auch die Arbeit engagierter Menschenrechtsvertefcher (z.B. jene der islamkritischen Soziologinnen und Buchautorinnen Hirschi Ali oder Necla Kelek) bedenkenlos diffamiert und überdies wesentliche Prinzipien der «offenen Gesellschaft» leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, scheint solche Eiferer nicht zu kümmern. Daniel Vischer äussert sich dazu auffallend vorsichtig. Als bestandener Linker muss er wissen, dass ein geistiger Ururgrossvater der Linken, Karl Marx, auch ein dezidiertes Islamkritiker war. Und diesen des «Rechtsextremismus» zu verdächtigen, wäre nicht opportun.

Felix Feigenwinter, Basel

Die Hälfte ausgeblendet

Die Lust des Bösen; BaZ, 2. 8. 2011

Eugen Sorg sieht «das Böse» als Teil des Menschen, egal, welcher Religion, Ethnie, Weltanschauung oder sozialer Schicht er angehört. Das Ausleben dieses Bösen verschaffe Lust, Genuss wie eine hoch stimulierende Droge. Und ich führe diesen Gedanken weiter: Das Ausleben dieser Lust am Bösen ist fast auf der ganzen Welt legitimiert durch Armeen, Kriege, Entwicklung immer neuer Waffen. Da kann man(n) ungestraft ausleben, was sonst geächtet ist. Aber halt: Beinahe die Hälfte der Menschheit lebt diese Lust am Bösen nicht so verheerend aus. Unbestritten geht ein klei-

ner Prozentsatz auf das Konto von Frauen, auch zu seelischen Grausamkeiten sind sie (wie Männer) fähig. Man(n) müsste sich aber ernsthaft fragen, warum sich das eine Geschlecht verglichen mit dem andern Geschlecht millionenfach häufiger von der Macht des Bösen verführen lässt.

Barbara Kehl-Zimmermann, SP-Frauen Basel-Stadt

Nichtraucher haben ein Recht auf Schutz

Wessels stiftet Verwirrung/diverse; BaZ 18. 7. 11

Auf den Zigarettenpackungen, die man im Laden kauft, steht unmissverständlich: Rauchen ist tödlich. Angesichts dieser unwidersprochenen Tatsache ist die kantonale Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» lanciert worden. Zum Schutze der Nichtraucher und des Personals beschränkt diese Initiative das Rauchen auf abgetrennte, unbediente und mit eigener Lüftung versehene Räume. Namentlich in Restaurants, Cafés, Bars und Dancings soll das Rauchen also untersagt sein. Am 28. September 2008 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Basel-Stadt diese Initiative mit 52,8 Prozent angenommen. In der Zwischenzeit hat der Bund ein weniger strenges Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen erlassen. Wirte und weitere Kreise, denen die kantonalen Bestimmungen zu weit gehen, haben in der Folge ihrerseits eine kantonale Volksinitiative eingereicht: «Ja zum Nichtraucherschutz ohne kantonale Sonderregelung». Kernpunkt ist, dass in Etablissements bis 80 Quadratmeter mit Bedienung wieder geraucht werden darf. Der Fumoarverein in Basel-Stadt koordiniert zur Umgehung der vom Stimmvolk 2008 angenommenen Initiative Dutzende von Gaststätten, wo zahlende Mitglieder rauchen dürfen. Aus meiner Sicht gilt es, im Vorfeld der Abstimmung vom 27.11. zwei Tatsachen zu bedenken: Wer will, dass der Schutz vor Passivrauchen umgesetzt wird, wie er vom Basler Stimmvolk im September 2008 angenommen wurde, der muss die zur Diskussion stehende Initiative ablehnen. Nichtraucher wie auch das Personal haben Anspruch auf den Schutz ihrer Gesundheit. Was in anderen Kantonen Alltag ist, sollte auch in Basel machbar sein. Stossend ist die Missachtung einer vom Stimmvolk des Kantons angenommenen Volksinitiative. Seit bald zwei Jahren wird von den Mitgliedern des Fumoarvereins der angenommene Verfassungsartikel ignoriert.

Roman Geeser, Basel, Vorstand Lungenliga beider Basel

Misstrauen wird nicht verkleinert

Worte sollen Wasser reinwaschen; BaZ 3. 8. 11

Der Kanton Basel-Landschaft muss die Chemiemülldeponien in unmittelbarer Nähe der Trinkwasserfassungen sanieren und die Kosten dafür bei den Versachern eintreiben. Studien, ob das Trinkwasser denn wohl gefährdet sei, interessieren niemanden. Der gesunde Menschenverstand genügt: Chemiemüll über Grundwasser, das für die Bevölkerung als Trinkwasser aufbereitet wird, ist gefährlich. Millionenteure Propaganda wird das Misstrauen nicht verkleinern, sondern im Gegenteil weiter schüren.

Martin Brändle, Basel

Ärzte: Unternehmer ohne Risiko

Ärzte streiten sich um Managed Care; BaZ 3. 8. 11

Ärzte sind der festen Überzeugung, dass ihr langes Studium (übrigens finanziert durch die Gesellschaft) eine Art Existenzberechtigung im Segment des oberen Mittelstands beinhalte. Ärzte deklarieren unabhängig von der Schwere der Erkrankung alle Kunden/Klienten zu Patienten und betreiben eine gewisse «Entmündigung». Der Vertragszwang der Krankenkassen und der Tarmed-Tarif entbinden die Praxisärzte von Risiken eines normalen Unternehmers. Es gibt keine Unternehmer ohne Verantwortung für Finanzen, Gewinn und Verlust – und somit ist der Wunsch der Ärzte «keine Budgetverantwortung» zu übernehmen, im Grunde genommen rein illusorisch.

Hans Voegtli, Basel

An die Leserinnen und Leser der Basler Zeitung

Über nicht veröffentlichte Leserbriefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Kurze Zuschriften werden bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Für deren Inhalt sind die Verfasser verantwortlich. Bitte senden Sie die Leserbriefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen) mit dem Internet-Formular. Vielen Dank.

<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch BaZ, Leserbriefe, 4002 Basel

Einspruch ILS 34 und das BAZL

Von Hanspeter Weibel*

Etwas zieht sich wie ein roter Faden durch die Diskussion um die Südanflüge: Niemand ist verantwortlich! Der Regierungsrat schiebt die Situation auf den Flughafen, dieser wiederum weist an das BAZL, dieses merkt an, dass für Fragen der Flugsicherheit die französischen Behörden zuständig seien und diese, ja diese merken an, dass alles im Einverständnis mit den Schweizern erfolge. Es lohnt sich, in diesem Umzug die Rolle des BAZL etwas genauer anzusehen. Denn Marcel Zuckschwerdt und Manuel Keller sitzen als Vertreter des BAZL im Verwaltungsrat des EAP und Urs Ziegler aus Ittingen ist Vertreter des BAZL in der Fluglärmmmission. Und dann übt das BAZL auch noch die Aufsicht über den Flugbetrieb aus. Kurz und gut, wenn die Vertreter des BAZL sich im VR des EAP äussern, dann ist das Gesetz und das Gleiche gilt auch für den Vertreter des BAZL in der Fluglärmmmission. Denn allen Beteiligten ist klar: Das letzte Wort hat das BAZL; und deshalb hat auch das zweitletzte Wort des BAZL Gewicht.

Wie konsequent nimmt das BAZL aber seine Aufgabe wahr? Kurz gesagt: überhaupt nicht. Wenn aus internen Papieren der Acnusa hervorgeht, dass vor Einführung des ILS 34 eine 10-Knoten-Regelung galt, dann weiss dies der Vertreter des BAZL offenbar nicht bzw. es ist für ihn nicht massgebend. Wenn im Dezember 2010 Anflüge von Norden mit zwischen 5 und 10 Knoten erfolgen, dann ist dies für das BAZL (wegen der Wolkenuntergrenze!) korrekt. Wenn aber – wegen der Pistensanierung – bei starker Bise und starkem Regen im Sichtflug in abenteuerlichen Formationen von Süden her angefliegen wird, dann hat das BAZL damit keine Probleme oder gar Sicherheitsbedenken. Und wenn im Risikobericht aus dem Jahre 2001 festgehalten ist, dass aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte im Süden des Flughafens die Anzahl

Das Ziel ist, dass sich die Regierung weiterhin für die von ihr gegebenen Versprechungen einsetzt.

Anflüge von Süden nicht zu erhöhen seien, dann fordert das BAZL bei einer völlig neuen Anflugkonfiguration auf den Flughafen keinen neuen Risikobericht. Hingegen ist es offenbar ein gravierendes Risiko, wenn ein Flugzeug, das bei maximalem Landegewicht mit einer Rückenwindkomponente bis 15 Knoten zertifiziert ist, mit einer um fünf bis neun (5–9) km/h erhöhten Landegeschwindigkeit auf einer der längsten Pisten Europas landet. Denn dies wäre die Folge einer Erhöhung der Rückenwindkomponente auf 10 Knoten (wie früher). Und zu guter Letzt: Der vom BAZL unterzeichnete Vertrag zur Beschränkung der Südanflüge auf zehn Prozent ist Makulatur. Denn wie das BAZL inzwischen zugibt, gibt es bei einer Überschreitung von zehn Prozent gar keine Massnahmen. Denn man reize das System bereits heute schon aus. Es wird Zeit, das BAZL näher zu überprüfen! Aus meiner Sicht steht der Flughafen als Wirtschaftsfaktor keineswegs zur Disposition. Allerdings muss der Bericht, der bezüglich der Bedeutung und wirtschaftlichen Folgen erstellt wurde, kritisch hinterfragt werden. Direkte, indirekte, indizierte und katalytische Auswirkungen des Flughafens auf die Wirtschaft; das sind etwas gar viele Komponenten und im Endeffekt werden dem Flughafen Wirtschaftsleistungen zugeschrieben, für deren Zusammenhang eine äusserst wohlwollende Sichtweise vonnöten ist. Ich möchte lediglich, dass sich die Regierung weiterhin für die von ihr gegebenen Versprechungen einsetzt: gleiche Nachtflugsperre wie in Zürich und keine Zunahme der Südlandungen aufgrund der Einführung von ILS34!

* Hanspeter Weibel, Landrat, SVP